

Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: September/september 2017 · www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Novelle des Handelsgesetzbuches betreffend die Fusionen der Handelsgesellschaften, Haftung der statutarischen Vertreter und weitere legislative Neuigkeiten

Wirtschaft aktuell

- > IFRS 16 - Leasingverhältnisse
- > Auswirkungen der Anwendung des Standards auf die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Finanzkennzahlen
- > Ausnahmen von dem Standard
- > Übergang zum neuen Standard

Steuern aktuell

- > Novelle des Einkommensteuergesetzes
- > Novelle der Steuerordnung

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Novela Obchodného zákonníka - Zmeny týkajúce sa fúzií obchodných spoločností, zodpovednosti štatutárov a ďalšie legislatívne novinky

Audit

- > IFRS 16 – Lízing
- > Vplyv aplikácie štandardu na súvahu, výkaz ziskov a strát a finančné ukazovatele
- > Výnimky zo štandardu
- > Prechod na nový štandard

Dane

- > Novela zákona o dani z príjmov
- > Novela daňového poriadku

Recht aktuell

- > Novelle des Handelsgesetzbuches betreffend die Fusionen der Handelsgesellschaften, Haftung der statutarischen Vertreter und weitere legislative Neuigkeiten

Von **JUDr. Ján Urbánek** Rödl & Partner Bratislava

Das Ende der zweckmäßigen Verschmelzungen der Gesellschaften ohne die Möglichkeit, eine ordnungsgemäße Liquidation oder Konkurs durchzuführen und Stärkung der Haftung der statutarischen Organe für die Nichteinreichung des Antrags auf Konkurserklärung sind nur einige der Herausforderungen, die die Regierung im Rahmen des Kampfes gegen Steuerbetrüge zu erreichen versucht. Der vorgeschlagene Termin der Wirksamkeit der Novellierung des Handelsgesetzbuchs Nr. 513/1991 Slg., die zum Ziel hat, das unternehmerische Umfeld in der Slowakei zu verbessern und einen größeren Schutz für die Gläubiger zu gewährleisten, wurde auf Januar 2018 bestimmt. Zurzeit befindet sich dieser legislative Entwurf im Stadium der Auswertung des ressortübergreifenden Konsultationsverfahrens und deshalb kann sich das Datum der Wirksamkeit noch ändern.

Eine bedeutende Änderung gegenüber der bisherigen Rechtslage, die die vorgeschlagene Novellierung einführen wird, ist die Einschränkung der Möglichkeit der Fusion der Gesellschaften. Das Recht zur Verschmelzung bleibt weiterhin bestehen, jedoch unter der Bedingung, dass die Rechtsnachfolger zum Tag der Wirksamkeit der Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder Spaltung nicht in den Vermögensverfall geraten. Zu diesem Zweck erfordert die vorgeschlagene Novellierung die Ausfertigung eines Wirtschaftsprüfungsberichts, der die Erfüllung der angeführten Bedingung bestätigt. Diese restriktive Rechtsregelung erzwang die heutige Situation, wo die Verschmelzung der Gesellschaft oft nur ein einfaches Mittel darstellt, wie man sich der Gesellschaft ohne

Durchführung einer ordentlichen Liquidation oder eines Konkurses entledigen kann, wodurch es zur Abschwächung der Stellung des Gläubigers und Erschwerung der Befriedigung seiner Forderung kommt. Der Entwurf der Novellierung bestimmt auch die Pflicht jeder auszulösenden Gesellschaft, dem Steuerverwalter eine Mitteilung darüber zuzustellen, dass ein Entwurf des Vertrags über die Verschmelzung durch Aufnahme, Verschmelzung durch Neugründung oder ein Projektentwurf für die Spaltung der Gesellschaft ausgearbeitet wurde.

Ein weiteres Mittel, das dem Gläubigerschutz dienen soll, ist die Einführung der persönlichen Haftung der statutarischen Vertreter bei Nichterfüllung der Pflicht, einen Antrag auf Konkursklärung zu stellen, falls die Gesellschaft in Vermögensverfall gerät. Obwohl sich diese Pflicht für sie aus der Rechtsordnung auch gemäß der heutigen Rechtsregelung ergibt, wird sie oft nicht erfüllt. Der Entwurf der Novelle führt die persönliche Haftung der statutarischen Vertreter für den Schaden ein, den sie dadurch den Gläubigern herbeiführen und die Möglichkeit der sog. Disqualifizierung des statutarischen Vertreters – Verbot, ein statutarischer Vertreter in einer Handelsgesellschaft oder Genossenschaft während eines Zeitraums von drei Jahren zu sein. In diesem Zusammenhang wird auch das Strafgesetz novelliert, laut dem die Nichterfüllung der Pflicht zur rechtzeitigen Konkursklärung eine Straftat sein wird.

Wir halten es für wichtig, auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass die neue Rechtsregelung die Haftung der statutarischen Vertreter nicht nur während der Ausübung ihrer Funktion, sondern auch nach dem Erlöschen der Funktion regeln wird. Um zu verhindern, dass die Gesellschaft ohne ein statutarisches Organ bleibt, legt die Novellierung dem letzten statutarischen Vertreter die Pflicht auf, einen Antrag auf die Auflösung der Gesellschaft einzureichen, falls es dazu kommt, dass kein neuer statutarischer Vertreter innerhalb der bestimmten Frist bestellt wird. Der Sinn dieser Bestimmung ist den Fällen des sog. Verlassens der Gesellschaft vorzubeugen, wenn das letzte Mitglied des statutarischen Organs auf seine Funktion verzichtet. Die Folge eines solchen Handelns ist die Erschwerung der Möglichkeit der Gläubiger, die Befriedigung ihrer Forderungen zu erwirken, oder sogar die praktische Unmöglichkeit die Erfüllung von Steuerpflichten zu fordern. Der Entwurf der Novellierung führt des Weiteren die Pflicht der statutarischen Vertreter ein, nach dem Erlöschen ihrer Funktion Mitwirkung zu leisten, und zwar z.B. dem Steuerverwalter und dem Insolvenzverwalter.

Die Novellierung beinhaltet auch die Einführung der Haftung einer Gesellschaft, die eine andere Gesellschaft beherrscht, falls sie durch ihren Einfluss der beherrschten Gesellschaft erheblich schadet und dadurch ihren Verfall verursacht. Die Änderungen betreffen auch die Gründung von Handelsgesellschaften mit beschränkter Haftung, die im Vergleich zu der bisherigen Lage von Personen, die in der Liste der Schuldner der Sozialversicherung geführt werden, nicht gegründet werden können (diese Tatsache wird auch vom Gericht bei deren Löschung geprüft).

Ausgenommen ist die Situation, falls die Sozialversicherung, oder bei Steuerschuldnern der Steuerverwalter, den Gründern eine Zustimmung erteilt.

Abschließend möchten wir auch die Änderung des Strafgesetzes erwähnen, die die betreffende Novellierung mit sich bringen wird. Das Strafgesetz wird um eine neue Straftat der unlauteren Liquidation erweitert, die die Tätigkeit, verbunden mit den sog. Strohmännern betreffen wird. Es handelt sich um die Übertragung von Beteiligungen an juristischer Person auf Personen, die kein wirkliches Interesse daran haben, die damit verbundenen Rechte und Pflichten auszuüben, mit der Absicht, die Lösung der Beendigung der unternehmerischen Tätigkeit durch Liquidation zu vereiteln. Strafrechtlich verantwortlich wird somit nicht nur der Erwerber einer solchen Beteiligung an der Gesellschaft, sondern auch der Übertragende und sogar der Vermittler solcher Handlungen.

Kontakt für weitere Informationen



JUDr. Ján Urbánek

Rechtsanwalt (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: jan.urbanek@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> IFRS 16 - Leasingverhältnisse

Von Michal Mitruška, Tomáš Sölský

Rödl & Partner Bratislava

Auf Gesellschaften, die den Jahresabschluss nach den IFRS-Standards erstellen, warten spätestens ab dem 1. Januar 2019 Änderungen, stammend aus der Anwendung des neuen Standards IFRS 16 – Leasings. Fast jede Gesellschaft nutzt die Anmietung oder Leasing als eine Art des Erwerbs von Vermögensgegenständen, der angeführte Standard wird also auf eine große Menge von Gesellschaften Einfluss haben. Die eigentliche Anwendung des angeführten Standards wird einen nicht unbedeutenden Aufwand an Zeit und Bemühungen seitens der Gesellschaften bedürfen, um diesen Prozess erfolgreich zu bewältigen. Das ist der Hauptgrund, aus welchem wir uns entschlossen haben, unsere Mandanten über das Wesen des neuen Standards rechtzeitig zu informieren und ihnen somit ermöglichen, sich mit genügendem zeitlichem Vorsprung auf dessen Einführung

vorzubereiten. Die Änderungen werden im Vergleich zum ursprünglichen Standard IAS 17 wesentlicher vor allem Leasingnehmer, weniger Leasinggeber betreffen. Im folgenden Text werden wir die Hauptpunkte anführen, die bei der Anwendung des neuen Standards in Betracht gezogen werden müssen.

- > Der neue Standard IFRS 16 wird ab dem 1. Januar 2019 wirksam sein. Er kann auch früher angewandt werden, und zwar unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft den Standard IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden gleichzeitig oder früher einführt (über diesen Standard haben wir Sie im Dezember-Mandantenbrief 2016 informiert).
- > Im Sinne der gegenwärtig gültigen Standards kann der Leasingnehmer entweder ein Finanzierungsleasing oder ein operatives Leasing buchen. Der neue Standard schließt alle Verträge ein, durch welche das Recht zur Nutzung eines identifizierten Vermögensgegenstandes während einer festgesetzten zeitlichen Periode gegen Entgelt abgetreten wird. Er ist auf dem Prinzip des „Nutzungsrechtes“ gegründet; der Leasingnehmer wird also am Anfang der Leasingdauer den angemieteten Vermögensgegenstand und die damit zusammenhängende Leasingverbindlichkeit in der Bilanz ausweisen müssen.
- > Eine weitere bedeutende Tatsache, die die Gesellschaft beurteilen muss, ist, ob der Vertrag ein Leasing oder eine Dienstleistung enthält. Gegenwärtig enthalten viele Verträge sowohl das operative Leasing als auch Nebenleistungen (Nicht-Leasingposten). Im Sinne des neuen Standards werden diese zwei Posten (Leasing- und Nicht-Leasingposten) im Vertrag klar abgetrennt werden müssen, da das Leasing in der Bilanz ausgewiesen werden muss, wobei die Nicht-Leasingposten nicht.
- > Der Leasingnehmer wird, wie im Punkt 2 angeführt, am Anfang der Leasingdauer die Vermögensgegenstände und auch die Verbindlichkeit aus dem Leasing in der Bilanz ausweisen müssen, und zwar im Wert der abgezinsten künftigen Zahlungen, wobei er die Leasingdauer so, wie diese nach dem Standard festgesetzt ist, berücksichtigen werden muss. Die Leasingdauer ist ein unkündbare Periode, während welcher der Leasingnehmer das Recht hat, die identifizierten Vermögensgegenstände zu nutzen, wobei auch zusätzliche Perioden (Option) darin eingeschlossen sind, falls ausreichend sicher ist, dass die Gesellschaft die Option auf eine Leasingverlängerung nutzen wird.

Auswirkungen des Standards auf den Jahresabschluss können in den folgenden Punkten zusammengefasst werden:

- der Leasingnehmer unterscheidet nicht mehr zwischen dem Finanzierungsleasing und dem operativen Leasing,

- der Leasingnehmer beurteilt, ob der Vertrag ein Leasing enthält oder nicht,
- der Leasingnehmer muss alle Leasings (außer den im Standard angeführten Ausnahmen) in der Bilanz ausweisen und in Folge dieser Tatsache wird das Buchen auf Unterbilanzkonten auf Seite der Leasingnehmer fast vollständig eliminiert,
- der Leasinggeber unterscheidet auch weiterhin zwischen dem Finanzierungsleasing und dem operativen Leasing und hier kommt es zu keinen bedeutenderen Änderungen.

Auswirkungen der Anwendung des Standards auf die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Finanzkennzahlen

Die Bilanzsumme wird erhöht, da das Ausweisen von Vermögensgegenständen wie auch der Verbindlichkeit aus dem Leasing dazukommen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung ändert sich der Charakter der Aufwendungen – die bisherigen Mietkosten werden durch Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Zinsen aus der Leasingverbindlichkeit ersetzt. Das wird Einfluss vor allem auf die Kennzahl EBITDA (Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und langfristige immaterielle Vermögensgegenstände) haben, welche in Folge des Rückganges an Betriebskosten verbessert wird. Die Kreditschuldenlast der Gesellschaft wird sich hingegen aus dem Grund der Erhöhung der Finanzaufwendungen verschlechtern. Die Änderungen in den Finanzkennzahlen können z. B. die Einhaltung der in Kreditverträgen festgelegten Bedingungen beeinträchtigen, die Gesellschaft sollte diesen also die gebührende Beachtung widmen.

Ausnahmen von dem Standard

Bei **kurzfristigen Leasingverhältnissen**, deren Leasingdauer 12 Monate nicht überschreitet, kann sich die Gesellschaft entscheiden, diese nicht als Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten aus dem Leasing im Sinne des Standards IFRS 16 auszuweisen. In der gegebenen Situation wird der Leasingnehmer die Leasingraten auch weiterhin gleichmäßig während der Dauer des Bestehens des Leasingverhältnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung ausweisen. Für die Anwendung dieser Ausnahme muss die Leasingdauer nach diesem Standard gründlich festgesetzt werden. Es muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass kein Leasingverhältnis, das eine Kaufoption enthält, ein kurzfristiges Leasing sein kann.

Die **Leasings von geringwertigen Vermögensgegenständen**, wie z. B. Tablets, PCs, Telefonen oder kleinen Büromöbeln müssen Leasingnehmer nicht als Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten aus dem Leasing ausweisen. Der Rat für Internationale Finanzierungsstandards führt den Wert der Vermögensgegenstände, der üblicherweise die Bedingungen für die Anwendung dieser Ausnahme erfüllt, bis 5 000 USD in der Zeit an, wenn diese neu waren. Es handelt sich jedoch nur um einen empfohlenen Wert, den die Gesellschaft in ihrer internen Vorschrift verbindlich

feststellen sollte. Es muss jedoch bemerkt werden, dass falls diese Vermögensgegenstände weiter vermietet werden oder falls das Leasing von geringwertigen Vermögensgegenständen durch das Nutzen anderer Vermögensgegenstände bedingt ist, kann die angeführte Ausnahme nicht geltend gemacht werden.

Übergang zum neuen Standard

Die Gesellschaft als Leasingnehmer kann bei der Anwendung des Standards zwischen zwei Methoden wählen, und zwar entweder der vollständigen oder der modifizierten rückwirkenden Zugangsweise. Die gewählte Methode muss der Leasingnehmer anschließend konsistent auf alle identifizierte Leasings anwenden.

- Bei der vollständigen rückwirkenden Zugangsweise muss die Gesellschaft den Standard rückwirkend auf jede vorige Buchungsperiode im Einklang mit dem Standard IAS 8 – Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler anwenden. Es ist also notwendig, dass der Leasingnehmer sein Eigenkapital am Anfang der ersten Periode, die er unter Anwendung des Standards darstellt, anpasst.
- Im Falle der modifizierten rückwirkenden Zugangsweise passt der Leasingnehmer die Angaben für die vorige Periode nicht an. Der Tag der ersten Anwendung des neuen Standards wird der erste Tag der Buchungsperiode sein, in welcher die Gesellschaft den Standard IFRS 16 einführt. Zu diesem Tag wird der Leasingnehmer also den kumulativen Effekt der ersten Anwendung als Anpassung des Anfangsbestandes des Eigenkapitals zum 1. Januar 2019 ausweisen.

Wir empfehlen Ihnen, die Auswirkungen des neuen Standards IFRS 16 auf ihre Gesellschaft mit einer ausreichenden zeitlichen Reserve zu beurteilen, damit Sie sich so gut wie möglich auf seine Einführung vorbereiten und somit eventuelle Probleme oder Zusatzkosten minimieren können.

Kontakt für weitere Informationen

Michal Mitruška

Wirtschaftsprüfer

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: michal.mitruska@roedl.sk

Steuern aktuell

> Novelle des Einkommensteuergesetzes

Von Peter Alföldi, Milan Kvašňovský

Rödl & Partner Bratislava

Am 16. August 2017 hat die Regierung der Slowakischen Republik während ihrer Tagung mehrere Vorschläge von Steuergesetznovellen verabschiedet, die einen wesentlichen Einfluss auf Unternehmenssubjekte haben. Im weiteren Text finden Sie eine Übersicht der wichtigsten Änderungen.

Novelle des Einkommensteuergesetzes

Die Novelle präzisiert den Begriff des Steuerresidenten und in die Kriterien der Bestimmung eines unbeschränkt Steuerpflichtigen wird der Wohnsitz ergänzt. Eine natürliche Person hat ihren Wohnsitz in der Slowakischen Republik, falls sie auf dem Gebiet der Slowakischen Republik die Möglichkeit einer dauerhaften Unterkunft zur Verfügung hat, die nicht nur zur gelegentlichen Unterbringung aus dem Grund kurzfristiger Besuche dient (zum Beispiel zwecks Arbeitsreisen, Tourismus).

Die Definition der Bedingungen für die Entstehung einer Betriebsstätte wird präzisiert: als Ausübung einer Tätigkeit mit ständigem Ort auf dem Gebiet der Slowakischen Republik kann auch die wiederholte Vermittlung von Dienstleistungen des Transportes und der Unterkunft mittels einer digitalen Plattform auf dem Gebiet der Slowakischen Republik gelten (es handelt sich um die Besteuerung neuartiger Unternehmensmodelle, wann die Tätigkeiten auf dem Gebiet einzelner Staaten auch ohne die physische Anwesenheit des Unternehmers auf dem Gebiet des Staates erbracht werden und seine virtuelle Anwesenheit ausreichend ist). Präzisiert wird die Bedingung der Entstehung einer Betriebsstätte des beschränkt Steuerpflichtigen, der auf dem Gebiet der Slowakischen Republik durch eine andere Person vertreten wird (Vertreter, Agent). Einem beschränkt Steuerpflichtigen kann auf dem Gebiet der Slowakischen Republik eine Betriebsstätte auch in dem Falle entstehen, wenn der Vertreter entscheidenden Einfluss hat, der zum Abschluss eines Vertrages führt, der anschließend durch einen nicht ansässigen Steuerpflichtigen ohne wesentliche Unterschiede abgeschlossen wird.

Durch Befreiung abgegrenzter Einkünfte wird die Einführung eines Sondersteuerregimes für das kommerzielle Nutzen immaterieller Aktiva vorgeschlagen. Es handelt sich um die Befreiung von Lizenzgebühren, die aus der Gewährung erteilter (in der Slowakischen Republik und in der EU registrierter) Patente, Gebrauchsmuster und Designs, jedoch auch aus der Gewährung von Computerprogrammen (Software) stammen. Die Bedingung der Geltendmachung dieser zwei Formen der Befreiung ist, dass die angeführten Gegenstände des geistigen Eigentums die Ergebnisse der eigenen, auf dem Gebiet der Slowakischen Republik ausgeübten Tätigkeit des Steuerpflichtigen darstellen, d.h. die Befreiung kann nicht auf Einkünfte, stammend ausschließlich aus gekauften Patenten, Gebrauchsmustern, Designs oder Software, geltend gemacht werden.

Durch die Befreiung abgegrenzter Einkünfte wird die Einführung der zweiten Form des Sondersteuerregimes für das kommerzielle Nutzen sog. eingebetteter immaterieller Aktiva (embedded royalties), d.h. Patente, Gebrauchsmuster und Designs, genutzt bei der Herstellung von Produkten, vorgeschlagen. Es handelt sich um die Befreiung eines Teiles der Einkünfte (Erträge) aus dem Verkauf von Produkten, bei Produktion welcher ein registriertes Patent, Gebrauchsmuster oder Design genutzt wird. Bei der Geltendmachung der Befreiung muss aus dem anhand der Kostenaufschlagsmethode berechneten Verkaufspreis der Produkte ausgegangen werden, der auf tatsächlichen direkten und indirekten Kosten gegründet ist. Die Bedingung der Geltendmachung dieser Form der Befreiung ist, dass die angeführten Gegenstände des geistigen Eigentums Ergebnisse der eigenen, auf dem Gebiet der Slowakischen Republik ausgeübten Tätigkeit des Steuerpflichtigen darstellen, d.h. die Befreiung kann nicht auf Einkünfte, stammend aus sog. eingebetteten und ausschließlich gekauften Patenten, Gebrauchsmustern, Designs oder Software geltend gemacht werden.

Es wird festgesetzt, dass als Einkünfte aus Quellen auf dem Gebiet der Slowakischen Republik auch Zahlungen von unbeschränkt Steuerpflichtigen und von Betriebsstätten der beschränkt Steuerpflichtigen gelten können, d.h. auch Entgelte für die Gewährung von Dienstleistungen der Geschäfts-, technischen oder anderer Beratung, für die Datenverarbeitung, für Marketingdienstleistungen, aus Führungs- und Vermittlungstätigkeit.

Präzisiert wird die Besteuerung der Gewinnanteile, der Anteile am Liquidationsüberschuss und der Ausgleichsanteile der Gesellschafter öffentlicher Handelsgesellschaften und Komplementäre der Kommanditgesellschaften in Fällen, wenn sie diese Einkünfte aus dem Grund beziehen, dass die angeführten Gesellschaften eine Vermögensbeteiligung an einer anderen Handelsgesellschaft (z. B. GmbH oder AG) oder Genossenschaft besitzen.

Geregelt wird die Situation, wenn der Gesellschaft bei einer Änderung des Sitzes oder des Ortes der tatsächlichen Führung auf dem Gebiet der Slowakischen Republik keine Betriebsstätte bleibt. Der Veranlagungszeitraum des Steuerpflichtigen endet in diesem Falle am Tag, der dem Tag vorangeht, den der Steuerpflichtige als den Tag der Änderung des Sitzes der Gesellschaft bestimmt hat. Da auf dem Gebiet der Slowakischen Republik keine Betriebsstätte bleibt und das gesamte Vermögen außerhalb des Gebiets der Slowakischen Republik verbracht wird, ist der Steuerpflichtige verpflichtet, auf das verbrachte Vermögen die Vorgehensweise wie bei der Besteuerung beim Verlassen anzuwenden.

Verschärft wird der Bereich der Sacheinlagen. Im Gesetzesentwurf werden Fälle festgesetzt, in welchen Sacheinlagen ausschließlich zum beizulegenden Zeitwert

mit der einmaligen Einbeziehung der Differenz zwischen dem anerkannten Wert der Einlage und dem Buchwert der Vermögenseinlage in die Steuerbemessungsgrundlage beim Einleger der Sacheinlage durchgeführt werden können. Die einzige Ausnahme ist die Einlage eines Unternehmens oder Unternehmensteiles in die Steuerbemessungsgrundlage, falls der Empfänger der Sacheinlage ein Steuerpflichtiger mit dem Sitz in einem EU-Mitgliedstaat ist und auf dem Gebiet der Slowakischen Republik das Unternehmen oder Unternehmensteil als Bestandteil der Betriebsstätte dieses Steuerpflichtigen bleibt, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass der Empfänger der Sacheinlage keine Übernahme der Sacheinlage zum beizulegenden Zeitwert ermöglicht (Ausnahme angeführt in § 17d).

Ebenfalls bei der Verschmelzung durch Aufnahme, Neugründung und bei der Spaltung von Gesellschaften wird die ausschließliche Nutzung der beizulegenden Zeitwerte vorgeschlagen, mit einer Ausnahme, wenn dem Rechtsnachfolger in der Slowakischen Republik keine Betriebsstätte bleibt und er unter gewissen Umständen in ursprünglichen Preisen bilanzieren kann.

Ebenfalls vorgeschlagen wird die Besteuerung von Bewertungsdifferenzen bei der Verschmelzung durch Aufnahme, Neugründung oder bei der Spaltung von Gesellschaften, wenn deren Auszahlung früher als deren Besteuerung in voller Höhe eintritt (auch in dem Falle, wenn es zur Auszahlung von Bewertungsdifferenzen kommt, die davor zur Erhöhung des Stammkapitals benutzt oder in die Kapitalrücklagen verbucht wurden).

Eingeführt wird das neue Institut der Anordnung des Vermögens oder Personen ohne Rechtssubjektivität oder eine andere rechtliche Anordnung.

Vorgeschlagen wird die Einführung der „Besteuerung beim Verlassen“ (sog. exit tax). Das Ziel der Besteuerung beim Verlassen ist es sicherzustellen, dass falls ein Steuerpflichtiger Vermögen verbringt oder seine Steuerresidenz außerhalb des Gebietes der Slowakischen Republik verlagert, er den ökonomischen Wert aller seiner Kapitalgewinne, erschaffen auf unserem Gebiet, auf dem Gebiet der Slowakischen Republik besteuert, obwohl dieser Gewinn zum Zeitpunkt des Verlassens der Slowakischen Republik nicht realisiert wurde. Dieser Gewinn wird mit 21 % der Sondersteuerbemessungsgrundlage besteuert.

Vorgeschlagen wird die Einführung von Regeln für ausländische kontrollierte Gesellschaften und Gesellschaften des Sondersteuerregimes. Im Wesentlichen handelt es sich um die Einführung des Systems der Besteuerung im Falle, wenn ein Vorteil im Steuerbereich aus dem Titel der Existenz der Kontrolle über eine ausländische Gesellschaft gewonnen wird.

Im Bereich der Einkommensteuer wird ein Steuerbonus für bezahlte Zinsen bei Wohnkrediten für junge Leute in der

Höhe von 50 % der bezahlten Zinsen, maximal 400 EUR jährlich, eingeführt.

Novelle der Steuerordnung

Im Bereich der Steuerordnung ist die bedeutendste Änderung die Einführung eines strengeren Regimes des Steuergeheimnisses, welches an die Prioritäten des Aktionsplans des Kampfes gegen Steuerbetrüge 2017 - 2018 anknüpft und ebenfalls die Einhaltung internationaler und europäischer Standards der Verwaltungszusammenarbeit im Steuerbereich sicherstellen soll. Das Institut des Steuergeheimnisses definiert gegenwärtig nicht konkret, welche Informationen den Gegenstand des Steuergeheimnisses darstellen. Im Sinne der Harmonisierung dieses Institutes mit internationalen Verträgen ist das Steuergeheimnis in der Gesetzesnovelle als eine Information, erlangt bei der Steuerverwaltung, die öffentlich nicht zugänglich war oder ist, definiert. Auch die Information über eine verlaufende oder vorige Steuerkontrolle oder Exekutionsverfahren stellt keinen Gegenstand des Steuergeheimnisses dar.

Das neue Institut, welches eingeführt wird, ist sog. Index der Steuerverlässlichkeit. Auf Grundlage dieses Indexes wird die Finanzverwaltung zur Auswertung der Zuverlässigkeit von Steuersubjekten beitragen. Dieser Index wird nicht öffentlich sein, die Finanzverwaltung wird einzelne Unternehmenssubjekte intern benoten. Die Finanzverwaltung wird das Subjekt ebenfalls nicht informieren, in welche Kategorie sie dieses eingeordnet hat, wobei die Tatsache, in welcher Kategorie das Steuersubjekt eingeordnet wird, primär von seinem Verhalten bei der Erfüllung seiner Pflichten in Bezug auf den Steuerverwalter abhängen wird. Durch die Kommunikation in nicht öffentlicher Form plant die Finanzverwaltung nach den Wörtern ihres Präsidenten die Steuersubjekte auf freiwilliger Basis zu motivieren. Im Falle einer rechtzeitigen Steuerbegleichung plant die Finanzverwaltung die Kompensation solcher Unternehmer durch unterschiedliche Begünstigungen. Zu den Begünstigungen wird z. B. das Auszahlen des Vorsteuerüberschusses an Unternehmenssubjekte innerhalb einer 30-tägigen anstatt der gegenwärtigen 60-tägigen Frist oder die Ausübung einer kürzeren oder weniger belastenden örtlichen Erhebung vor der Ausübung einer Steuerkontrolle gehören. Unredlichen Gesellschaften werden im Gegenteil strengere Strafen verhängt.

Die Novelle definiert ebenfalls das sog. zusammenfassende Protokoll, in welchem die Finanzverwaltung ein Dokument über gegenseitig verbundene Transaktionen von Steuersubjekten, bei welchen eine Verletzung der Steuervorschriften, bzw. das Umgehen dieser Vorschriften festgestellt wurde, erstellt. Es handelt sich vor allem um Fälle, in welchen einzelne Unternehmenssubjekte in eine Betrugsreihe sog. Karussellgeschäfte eingeschlossen sind. Dieses Institut ist ein weiteres Instrument des Aktionsplans des Kampfes

gegen Steuerbetrüge 2017-2018. Das zusammenfassende Protokoll soll nur für die Zwecke der Steuerverwaltung als eine komplexe Unterlage zur Beurteilung verbundener Transaktionen dienen. Es soll für das Steuersubjekt nicht zugänglich sein.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi

Steuerberater, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Právo

> Novela Obchodného zákonníka – zmeny týkajúce sa fúzií obchodných spoločností, zodpovednosti štatutárov a ďalšie legislatívne novinky

JUDr. Ján Urbánek Rödl & Partner Bratislava

Koniec účelovému zlučovaniu spoločností bez možnosti vykonania riadnej likvidácie alebo konkurzu a posilnenie zodpovednosti štatutárnych orgánov za nepodanie návrhu na vyhlásenie konkurzu sú len niektoré z výziev, ktoré sa vláda snaží dosiahnuť v rámci boja proti daňovým podvodom. Navrhovaný termín účinnosti novely obchodného zákonníka č. 513/1991 Zb., ktorej cieľom je zlepšiť podnikateľské prostredie na Slovensku a zaručiť väčšiu ochranu veriteľom je stanovený na január 2018. Momentálne sa tento legislatívny návrh nachádza v štádiu vyhodnotenia medzirezortného pripomienkového konania, a preto sa dátum nadobudnutia účinnosti ešte môže zmeniť.

Významnou zmenou oproti doterajšiemu právnemu stavu, ktorú navrhovaná novela zavedie, je obmedzenie možnosti fúzie spoločností. Právo zlučovať sa naďalej ostáva, avšak pod podmienkou, že právní nástupcovia sa ku dňu účinnosti zlúčenia, splynutia alebo rozdelenia nedostanú do úpadku. Za týmto účelom vyžaduje navrhovaná novela vyhotovenie správy audítorom, ktorá osvedčí splnenie uvedenej podmienky. Takúto reštriktívnu právnú úpravu si vynútila dnešná situácia, kedy zlúčenie spoločnosti často predstavuje iba jednoduchý prostriedok na zbavenie sa spoločnosti bez výkonu riadnej likvidácie alebo konkurzu,

čím dochádza k oslabeniu pozície veriteľa a k staženiu možnosti uspokojenia jeho pohľadávky. Návrh novely stanovuje aj povinnosť každej zanikajúcej spoločnosti doručiť správcovi dane oznámenie o tom, že bol vypracovaný návrh zmluvy o zlúčení, splynutí, alebo návrh projektu rozdelenia spoločnosti.

Ďalším prostriedkom, ktorý má slúžiť ochrane veriteľov, je zavedenie osobnej zodpovednosti štatutárov v prípade nesplnenia povinnosti podať návrh na vyhlásenie konkurzu, ak sa spoločnosť dostane do úpadku. Hoci im táto povinnosť vyplýva z právneho poriadku aj podľa súčasnej právnej úpravy, často dochádza k jej nesplneniu. Návrh novely zavádza osobnú zodpovednosť štatutárov za škodu, ktorú tým spôsobia veriteľom a možnosť tzv. diskvalifikácie štatutára – zákaz byť štatutárom v obchodnej spoločnosti alebo družstve po dobu troch rokov. V tejto súvislosti sa novelizuje aj Trestný zákon, podľa ktorého bude nesplnenie povinnosti podať návrh na vyhlásenie konkurzu včas trestným činom.

Považujeme za dôležité upozorniť na skutočnosť, že nová právna úprava nebude regulovať zodpovednosť štatutárov len počas výkonu ich funkcie, ale aj po jej zániku. V snahe zabrániť tomu, aby spoločnosť ostala bez štatutárneho orgánu, novela ukladá povinnosť poslednému štatutárovi podať návrh na zrušenie spoločnosti, ak dôjde k tomu, že v stanovenej lehote nebude ustanovený nový štatutár. Zmyslom tohto ustanovenia je predísť prípadom tzv. opustenia spoločnosti, keď sa posledný člen štatutárneho orgánu vzdá funkcie. Následkom takéhoto konania je sťaženie možnosti veriteľov vymôcť si uspokojenie svojich pohľadávok, či dokonca praktická nemožnosť požadovať splnenie daňových povinností. Návrh novely ďalej zavádza aj povinnosť štatutárov poskytovať súčinnosť po zániku svojej funkcie, a to napr. správcovi dane a správcovi konkurznej podstaty.

Obsahom novely je aj zavedenie zodpovednosti spoločnosti, ktorá ovláda inú spoločnosť, ak svojím vplyvom ovládanej spoločnosti výrazne poškodí a spôsobí tým jej úpadok. Zmeny sa ďalej týkajú aj založenia obchodných spoločností s ručením obmedzeným, ktoré oproti doterajšiemu stavu nebudú môcť založiť ani osoby vedené v zozname dlžníkov Sociálnej poisťovne (túto skutočnosť bude skúmať súd aj pri ich výmaze). Výnimkou je, ak Sociálna poisťovňa, alebo v prípade daňových dlžníkov správca dane, udelí zakladateľom súhlas.

Na záver ešte stručne spomenieme aj zmenu Trestného zákona, ktorú so sebou prinesie predmetná novela. Trestný zákon sa rozšíri o nový trestný čin nekalej likvidácie, ktorý bude postihovať činnosť spojenú s tzv. bielymi koňmi. Ide o prevod účasti na právnickej osobe na osoby, ktoré nemajú skutočný záujem vykonávať s tým spojené práva a povinnosti, v úmysle zmariť riešenie ukončenia podnikania likvidáciou. Trestne zodpovedný tak bude nielen nadobúdateľ takejto účasti na spoločnosti, ale aj jej prevodca, či dokonca sprostredkovateľ takýchto úkonov.

Kontakt pre ďalšie informácie



JUDr. Ján Urbánek

advokát (SK) v spolupráci s Rödl & Partner

Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-mail: jan.urbanek@roedl.sk

Audit

> IFRS 16 - Lízingy

Michal Mitruška, Tomáš Sölský

Rödl & Partner Bratislava

Spoločnosti, ktoré zostavujú účtovnú závierku podľa štandardov IFRS, čakajú najneskôr od 1. januára 2019 zmeny vyplývajúce z uplatňovania nového štandardu IFRS 16 – Lízingy. Prenájom či lízing ako spôsob nadobudnutia majetku využíva takmer každá spoločnosť, takže uvedený štandard ovplyvní veľké množstvo spoločností. Samotná aplikácia uvedeného štandardu si bude vyžadovať nemalé úsilie a čas, ktorý budú musieť spoločnosti vynaložiť, aby tento proces úspešne zvládli. To je hlavný dôvod, prečo sme sa rozhodli informovať o podstate nového štandardu včas a tým umožnili našim klientom pripraviť sa v dostatočnom predstihu na jeho implementáciu. Zmeny v porovnaní s pôvodným štandardom IAS 17 sa významnejšie dotknú hlavne nájomcov, prenajímateľov až tak nie. V nasledujúcom texte uvedieme hlavné body, ktoré treba brať do úvahy pri aplikácii nového štandardu.

- > Nový štandard IFRS 16 bude určený od 1. januára 2019. Je možná aj jeho skoršia aplikácia, a to za predpokladu, že spoločnosť zároveň alebo už skôr zavedie štandard IFRS 15 – Výnosy vyplývajúce zo zmlúv so zákazníkmi (o tomto štandarde sme Vás informovali v decembrovom Mandantnom liste roku 2016).
- > Podľa v súčasnosti platných štandardov môže nájomca účtovať buď o finančnom alebo o operatívnom lízingu. Nový štandard zahŕňa všetky zmluvy, ktorými sa postupuje právo užívať identifikovaný majetok počas stanoveného časového obdobia za úhradu. Je založený na princípe „práva na užívanie“, takže nájomca bude musieť na začiatku doby lízingu vykázať v súvahe prenajatý majetok a s ním súvisiaci záväzok z lízingu.
- > Ďalšou dôležitou skutočnosťou, ktorú musí spoločnosť posúdiť je, či zmluva obsahuje lízing alebo službu. V súčasnosti mnoho zmlúv obsahuje tak operatívny lízing ako aj doplnkové služby (nelízingové položky).

Podľa nového štandardu sa tieto dve položky (lízingu a nelízingu položky) budú musieť v zmluve jasne oddeliť, pretože lízing sa bude musieť vykázat v súvahe, zatiaľ čo nelízingu položky nie.

- > Nájomca, ako je spomenuté v bode 2, bude musieť na začiatku doby lízingu vykázat v súvahe majetok i záväzok z lízingu, a to v hodnote diskontovaných budúcich platieb, pričom bude musieť zohľadniť dobu lízingu tak, ako je stanovená podľa štandardu. Doba lízingu je nevypovedateľné obdobie, počas ktorého má nájomca práva užívať identifikovaný majetok, pričom sú do neho zahrnuté aj dodatočné obdobia (opcia), ak je dostatočne isté, že spoločnosť využije opciu na predĺženie lízingu.

Dopad štandardu na účtovnú závierku je možné zhrnúť do nasledovných bodov:

- nájomca už nerozlišuje medzi finančným a operatívnym lízingom,
- nájomca posudzuje, či zmluva obsahuje lízing alebo nie,
- nájomca musí všetky lízingu (okrem výnimiek uvedených v štandarde) vykázat v súvahe a v dôsledku tejto skutočnosti bude takmer úplne eliminované účtovanie na podsúvahových účtoch na strane nájomcov,
- prenajímateľ naďalej rozlišuje medzi finančným a operatívnym lízingom a tu nedochádza k významnejším zmenám.

Vplyv aplikácie štandardu na súvahe, výkaz ziskov a strát a finančné ukazovatele

Zvýši sa bilančná suma, keďže pribudne vykazovanie majetku ako aj záväzku z lízingu. Vo výkaze ziskov a strát sa zmení charakter nákladov - doterajšie náklady na prenájom nahradia odpisy majetku a úroky zo záväzku z lízingu. To bude mať vplyv najmä na ukazovateľ EBITDA (zisk pred úrokmi, zdanením a odpismi dlhodobého hmotného a nehmotného majetku), ktorý sa zlepší vplyvom poklesu prevádzkových nákladov. Naopak zhorší sa úverová zadlženosť spoločnosti, z dôvodu zvýšenia finančných nákladov. Zmeny vo finančných ukazovateľoch môžu nepriaznivo ovplyvniť napríklad dodržiavanie podmienok stanovených v úverových zmluvách, takže by tomu mala spoločnosť venovať patričnú pozornosť.

Výnimky zo štandardu

Krátkodobé lízingu, ktorých doba prenájmu nepresiahne 12 mesiacov, sa môže spoločnosť rozhodnúť nevykázat ako majetok a záväzok z lízingu podľa štandardu IFRS 16. V danej situácii bude nájomca naďalej vykazovať splátky lízingu vo výkaze ziskov a strát rovnomerne počas doby trvania lízingu vzťahu. Pre aplikáciu tejto výnimky je potrebné dôsledne určiť dobu lízingu podľa tohto štandardu. Avšak treba brať na vedomie, že žiadny lízingu vzťah ktorý obsahuje opciu na kúpu, nemôže byť krátkodobým lízingom.

Lízingu majetku nízkej hodnoty, ako sú napríklad tablety, osobné počítače, telefóny či drobný kancelársky

nábytok nájomcovia nemusia vykazovať ako majetok a záväzok z lízingu. Rada pre Medzinárodné finančné štandardy uvádza hodnotu majetku, ktorý zvyčajne spĺňa podmienky pre aplikovanie tejto výnimky, do 5 000 USD v čase, keď bol nový. Ide však len o odporúčanú hodnotu, ktorú by si spoločnosť mala záväzne stanoviť vo svojom vnútornom predpise. Treba však podotknúť, že ak sa tento majetok ďalej prenajíma alebo ak je lízingu majetku nízkej hodnoty podmienený využívaním iného majetku, nie je možné uplatniť uvedenú výnimku.

Prechod na nový štandard

Spoločnosť ako nájomca si môže pri aplikácii štandardu vybrať z dvoch metód, a to buď plný alebo modifikovaný retrospektívny prístup. Zvolenú metódu musí následne nájomca konzistentne aplikovať na všetky identifikované lízingu.

- Pri plnom retrospektívnom prístupe je potrebné, aby spoločnosť uplatnila štandard retrospektívne na každé jedno predchádzajúce účtovné obdobie v súlade so štandardom IAS 8 - Účtovná politika, zmeny v účtovných odhadoch a chyby. Je teda nevyhnutné, aby nájomca upravil vlastné imanie na začiatku prvého obdobia, ktoré prezentuje s aplikovaným štandardom.
- V prípade modifikovaného retrospektívneho prístupu nájomca neupravuje údaje za predchádzajúce obdobie. Dňom prvotnej aplikácie nového štandardu bude prvý deň účtovného obdobia, v ktorom spoločnosť zavedie štandard IFRS 16. K tomuto dňu teda nájomca vykáže kumulatívny efekt prvotnej aplikácie ako úpravu počiatočného stavu vlastného imania k 1. januáru 2019.

Odporúčame Vám posúdiť vplyv aplikácie nového štandardu IFRS 16 na Vašu spoločnosť v dostatočnom predstihu, aby ste sa čo najlepšie mohli pripraviť na jeho implementáciu a minimalizovali tak prípadné problémy či dodatočné náklady.

Kontakt pre ďalšie informácie

Michal Mitruška

audítora

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: michal.mitruska@roedl.sk

Dane

> Novela zákona o dani z príjmov

Peter Alföldi, Milan Kvašňovský

Rödl & Partner Bratislava

Dňa **16. augusta 2017** schválila vláda SR na svojom rokovaní viacero návrhov noviel daňových zákonov, ktoré významným spôsobom vplyvajú na podnikateľské

subjekty. Prinášame Vám stručný prehľad toho najdôležitejšieho:

Novela zákona o dani z príjmov

Novela upresňuje pojem daňového rezidenta, do kritérií určenia daňovníka s neobmedzenou daňovou povinnosťou sa dopĺňa bydlisko. Fyzická osoba má na území SR bydlisko, ak má na území SR za trvalým účelom k dispozícii možnosť ubytovania, ktoré neslúži len k príležitostnému ubytovaniu z dôvodu krátkodobých návštev (napríklad za účelom pracovných ciest, turizmu).

Spresňuje sa definícia podmienok pre vznik stálej prevádzkarne: za výkon činnosti s trvalým miestom na území SR je možné považovať aj opakované sprostredkovanie služieb prepravy a ubytovania prostredníctvom digitálnej platformy na území SR (ide o zdaňovanie novodobých modelov podnikania, kedy sa činnosti na území jednotlivých štátov poskytujú aj bez fyzickej prítomnosti podnikateľa na území štátu a postačujúca je jeho virtuálna prítomnosť). Spresňuje sa podmienka vzniku stálej prevádzkarne daňovníka s obmedzenou daňovou povinnosťou, ktorého na území SR zastupuje iná osoba (zástupca, agent). Daňovníkovi s obmedzenou daňovou povinnosťou môže na území SR vzniknúť stála prevádzkareň aj v prípade, ak zástupca má rozhodujúci vplyv vedúci k uzavretiu zmluvy následne uzatvorenej nerezidentným daňovníkom bez zásadnej zmeny.

Oslobodením vymedzených príjmov sa navrhuje zaviesť osobitný daňový režim pre komerčné využívanie nehmotných aktív. Jedná sa o oslobodenie licenčných poplatkov plynúcich z poskytnutia udelených (v SR a v EÚ registrovaných) patentov, úžitkových vzorov a dizajnov, ale aj z poskytnutia počítačových programov (softvér). Podmienkou uplatnenia týchto dvoch foriem oslobodenia je, že uvedené predmety duševného vlastníctva sú výsledkami vlastnej činnosti daňovníka vykonávanej na území SR, t. j. oslobodenie nie je možné uplatniť na príjmy plynúce z výlučne nakúpených patentov, úžitkových vzorov, dizajnov alebo softvéru.

Oslobodením vymedzených príjmov sa navrhuje zaviesť druhú formu osobitného daňového režimu pre komerčné využívanie tzv. vnorených nehmotných aktív (embedded royalties), t. j. patentov, úžitkových vzorov a dizajnov využívaných pri výrobe výrobkov. Jedná sa o oslobodenie časti príjmov (výnosov) z predaja výrobkov, pri ktorých výrobe sa využíva registrovaný patent, úžitkový vzor alebo dizajn. Pri uplatňovaní oslobodenia je potrebné vychádzať z kalkulovanej predajnej ceny výrobkov metódou zvýšených nákladov, ktorá je založená na skutočných priamych a nepriamych nákladoch. Podmienkou uplatnenia tejto formy oslobodenia je, že uvedené predmety duševného vlastníctva sú výsledkami vlastnej činnosti daňovníka vykonávanej na území SR, t. j. oslobodenie nie je možné uplatniť na príjmy plynúce z tzv. vnorených a výlučne nakúpených patentov, úžitkových vzorov, dizajnov alebo softvéru.

Stanovuje sa, že za príjem zo zdrojov na území SR možno považovať aj úhrady od daňovníkov s neobmedzenou daňovou povinnosťou a od stálych prevádzkarní daňovníkov s obmedzenou daňovou povinnosťou, ktorými sú aj odplaty za poskytnutie služieb obchodného, technického alebo iného poradenstva, za spracovanie dát, za marketingové služby, z riadiacej činnosti a sprostredkovateľskej činnosti.

Spresňuje zdanenie podielov na zisku, podielov na likvidačnom zostatku a vyrovnacích podielov spoločníkov verejných obchodných spoločností a komplementárov komanditných spoločností v prípadoch, ak im plynú tieto príjmy z dôvodu, že uvedené spoločnosti majú majetkovú účasť na inej obchodnej spoločnosti (napr. s.r.o., a.s.) alebo družstve.

Upravuje sa situácia, kedy pri zmene sídla alebo miesta skutočného vedenia nezostáva spoločnosti na území SR stála prevádzkareň. Zdaňovacie obdobie daňovníka sa v tomto prípade končí dňom predchádzajúcim dňu, ktorý si daňovník určil ako deň zmeny sídla spoločnosti. Vzhľadom na to, že na území SR nezostáva stála prevádzkareň a všetok majetok je presunutý mimo územia SR, je daňovník povinný na presunutý majetok uplatniť postup ako pri zdaňovaní pri odchode.

Sprísňuje sa oblasť nepeňažných vkladov, návrh zákona ustanovuje prípady, kedy je možná realizácia nepeňažných vkladov výhradne v reálnych hodnotách s jednorazovým zahrnutím rozdielu medzi uznanou hodnotou vkladu a účtovnou hodnotou vkladateľného majetku do základu dane u vkladateľa nepeňažného vkladu. Jedinou výnimkou je vklad podniku alebo jeho časti, ak prijímateľom nepeňažného vkladu je daňovník so sídlom v členskom štáte EÚ a na území SR zostáva podnik alebo jeho časť súčasťou stálej prevádzkarne tohto daňovníka, avšak len za predpokladu, že prijímateľ nepeňažného vkladu neumožňuje prevzatie nepeňažného vkladu v reálnych hodnotách (výnimka uvedená v § 17d).

Rovnako pri zlúčení, splynutí, rozdelení spoločností sa navrhuje výhradné použitie reálnych hodnôt, s výnimkou v prípadoch, kedy právnomu nástupcovi nezostane v SR prevádzkareň a za určitých okolností môže bilancovať v pôvodných cenách.

Rovnako sa navrhuje zdanenie oceňovacích rozdielov pri zlúčení, splynutí alebo rozdelení spoločností, ak príde k ich vyplateniu skôr ako boli v plnej výške zdanené (aj v prípade, ak dôjde k výplate oceňovacích rozdielov, ktoré boli predtým použité na zvýšenie základného imania alebo boli zúčtované do kapitálových fondov).

Zavádza sa nový inštitút, ktorým je usporiadanie majetku, alebo osôb bez právnej subjektivity, či iného právneho usporiadania.

Navrhuje sa zavedenie „zdanenia pri odchode“ (tzv. exit tax). Cieľom zdanenia pri odchode je zaistiť, aby v prípade, že daňovník presúva majetok alebo mení svoju daňovú

rezidenciu mimo územia SR, zdanil na území SR ekonomickú hodnotu všetkých kapitálových ziskov vytvorených na našom území, hoci tento zisk ešte nebol v čase odchodu zo SR realizovaný. Tento zisk bude zdanený sadzbou 21 % z osobitného základu dane.

Navrhuje sa zavedenie pravidiel pre zahraničné kontrolované spoločnosti a spoločnosti osobitného daňového režimu. V svojej postate sa jedná o zavedenie systému zdanenia v prípade, ak sa získa výhoda v daňovej oblasti z titulu existencie kontroly nad zahraničnou spoločnosťou.

V oblasti dane z príjmov fyzických osôb sa zavádza daňový bonus na zaplatené úroky pri úveroch na bývanie určených pre mladých vo výške 50% zaplatených úrokov, maximálne 400 EUR ročne.

Novela daňového poriadku

V oblasti daňového poriadku je najvýznamnejšou zmenou zavedenie prísnejšieho režimu daňového tajomstva, ktoré nadväzuje na priority Akčného plánu boja proti daňovým podvodom 2017 -2018 a má taktiež zabezpečiť dodržanie medzinárodných a európskych štandardov administratívnej spolupráce v daňovej oblasti. V súčasnosti inštitút daňového tajomstva konkrétne nedefinuje, ktoré informácie sú predmetom daňového tajomstva. V zmysle harmonizácie tohto inštitútu s medzinárodnými zmluvami je v novele zákona definované daňové tajomstvo ako informácia získaná pri správe daní, ktorá nebola resp. nie je verejne dostupná. Obdobne ani informácia o prebiehajúcej resp. bývalej daňovej kontrole, či exekučnom konaní nie je predmetom daňového tajomstva.

Novým inštitútom, ktorý sa zavádza, je tzv. index daňovej spoľahlivosti. Na základe tohto indexu bude finančná správa pristupovať k vyhodnocovaniu spoľahlivosti daňových subjektov. Tento index nebude verejný, finančná správa bude jednotlivé podnikateľské subjekty známkovať interne. Finančná správa takisto nebude subjekt informovať, do ktorej kategórie ho zaradila, pričom to, v ktorej kategórii je daňový subjekt zaradený, bude závisieť primárne od jeho správania sa pri plnení svojich povinností v styku so správcom dane. Komunikáciou neverejnou formou plánuje finančná správa podľa slov jej prezidenta motivovať daňové subjekty na dobrovoľnej báze. V prípade včasnej úhrady daní však plánuje finančná správa takýchto podnikateľov kompenzovať rôznymi benefitmi. Medzi benefity bude patriť napríklad vyplatenie nadmerného odpočtu DPH podnikateľským subjektom v 30-dňovej lehote miesto súčasných 60 dní, či výkon kratšieho a menej zaťažujúceho miestneho zisťovania pred výkonom daňovej kontroly. Naopak nepoctivé spoločnosti budú mať prísnejšie tresty.

Novela taktiež definuje tzv. súhrnný protokol, v ktorom finančná správa vyhotoví dokument o navzájom prepojených transakciách daňových subjektov, u ktorých bolo zistené porušenie daňových predpisov, resp.

obchádzanie týchto predpisov. Jedná sa najmä o prípady, kedy sú jednotlivé podnikateľské subjekty zapojené do podvodného reťazca tzv. karuselových obchodov. Tento inštitút je ďalším nástrojom Akčného plánu boja proti daňovým podvodom 2017-2018. Súhrnný protokol má slúžiť len na účely správy daní ako komplexný podklad pre posúdenie prepojených transakcií. Nemá byť dostupný pre daňový subjekt.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znázorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum **Mandantenbrief**, Ausgabe September 2017
Mandantný list, vydanie september 2017

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:**Bereich Recht/Oblasť Právo**

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivaško@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Miriama Zendeková – miriama.zendekova@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívatelia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozmnožovanie, rozširovanie alebo verejnú prezentáciu tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.